

Nr. XIX. GP-NR
1742 /J
1995-07-14

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider
und Kollegen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend EU-Beitragsermäßigungen

Österreich ist einer jener (wenigen) EU-Staaten, die sog. Nettozahler sind, d.h., Österreich leistet wesentlich mehr Zahlungen an die Europäische Union als es an Rückflüssen lukrieren kann. Im Gegensatz zu Österreich findet jedoch in Mitgliedsstaaten, die in einer ähnlichen Situation sind (z.B. in den Niederlanden, in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien), eine breite öffentliche Diskussion u.a. über die Ausgaben der Europäischen Union (Stichwort: Ausgabendisziplin, strikte EU-Haushaltsdisziplin) sowie über die Höhe der Beitragszahlungen und über verstärkte Mittelrückflüsse statt. So kündigte etwa der deutsche Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende Waigel an, "die Diskussion um die fällige Neuordnung der Finanzen spätestens 1996 aufzunehmen" ... und er will "zugleich auch noch die deutsche Nettozahlerposition reduzieren" (siehe FOCUS 24/1995). Außerdem bestätigt Waigel, daß "Großbritannien als sogenannten 'Britten-Rabatt' rund 4,7 Mrd. Mark (ca. 35 Mrd. ÖS) 'Beitragsermäßigung' kassiert". Wie ernst es der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Anliegen ist, zeigt sich ebenso in einer einstimmig angenommenen Entschließung des deutschen Bundesrates (12.5.1995), wonach der Bundesrat fordert, "daß schon auf der Regierungskonferenz 1996 das künftige Finanzsystem der Gemeinschaft mit dem Ziel der Beseitigung des Ungleichgewichts zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland thematisiert wird".

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

- 1) Welche Haltung nimmt Österreich hinsichtlich der Fragen "Nettozahler", verstärkte Mittelrückflüsse und "Beitragsrabatt" ein?
- 2) Wird Österreich, ähnlich dem britischen Vorbild, sich für eine Ermäßigung der österreichischen EU-Beitragszahlungen einsetzen?

Wenn nein, aus welchen konkreten Gründen nicht?

- 3) Wird sich Österreich spätestens im Rahmen der sog. Regierungskonferenz um eine Thematisierung bzw. um eine intensive Diskussion über das künftige Finanzsystem der Gemeinschaft bemühen?

Wenn nein, warum nicht?

- 4) Hat aus Ihrer Sicht bzw. aus der Kenntnis Ihres Ressorts Großbritannien einen sog. "Britten-Rabatt" von rd. 35 Mrd. ÖS an Beitragsermäßigung, wie es der deutsche Bundesfinanzminister Waigel lt. FOCUS 24/1995 erklärte, ausverhandeln können?

Wenn nein, wie erklären Sie sich die diesbezügliche Aussage des deutschen Bundesfinanzminister?

Wenn ja, aus welchen Gründen wurde Großbritannien eine solche Beitragsermäßigung seitens der Gemeinschaft zugestanden?

- 5) Wenn Großbritannien in irgendeiner Form Zahlungserleichterungen seitens der Gemeinschaft, die letztendlich auf Beitragsermäßigungen hinauslaufen, durchsetzen konnte, warum haben Sie in der ORF-Mittagsjournal-Diskussion mit Dr. Haider (10. Juni 1995) dies bestritten bzw. in Abrede gestellt?